



Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

wir wenden uns an Sie, weil wir wollen, dass Deutschland bei der nuklearen Abrüstung eine aktive Rolle spielt und Sie dies zur Chefsache machen. Wir, die Unterzeichner sind Mitglieder der CDU oder CSU. Als Mitglieder von Mayors for Peace unterstützen wir gemeinsam mit Amtskollegen aus den anderen Parteien die 2020 Vision von Hiroshimas Bürgermeister Akiba.¹

Zur nuklearen Abrüstung finden wir im aktuellen Koalitionsvertrag eine allgemeine Formulierung, die in die richtige Richtung weist, aber es wurden keine konkreten Schritte vereinbart.² Im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 wird das Bekenntnis zur Abrüstung wiederholt, daneben steht aber das fortgesetzte Bekenntnis zur nuklearen Abschreckung und nuklearen Teilhabe. Wieder werden keine konkreten Abrüstungsschritte genannt.³

Uns erfüllt mit Hoffnung, dass der neue US-amerikanische Präsident Obama nukleare Abrüstung zu seiner Aufgabe macht. Das internationale Klima hat sich dadurch geändert. Jetzt kann die Gelegenheit genutzt werden. Damit das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen konkret wird, muss über die vollständige Abschaffung der Atomwaffen verhandelt werden. Wir bitten Sie, dafür aktiv zu werden.

Wir müssen selbst tun, was wir von anderen fordern. Jetzt ist der Zeitpunkt um die nukleare Teilhabe zu beenden. Ein atomwaffenfreies Deutschland hat in den anstehenden Verhandlungen eine viel höhere Glaubwürdigkeit, als ein Deutschland, das auf unbestimmte Zeit an der nuklearen Teilhabe festhält.

Wir waren daher froh, dass laut Spiegel zu Ostern, Bundesaußenminister Steinmeier den Abzug der US-Atomwaffen fordert. Er wolle, dass darüber bei der von Präsident Obama angekündigten Abrüstungskonferenz gesprochen wird. Mit Bedauern lasen wir im gleichen Artikel, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, noch kurz zuvor im Bundestag fest gestellt haben, die Regierung halte an der nuklearen Teilhabe fest.

Im gemeinsamen Antrag der Union und der SPD Ende April, hieß es nur der Bundestag fordere die Bundesregierung dazu auf, im Rahmen der PrepCom dafür einzutreten, dass die substrategischen Waffen in den Abrüstungsprozess einbezogen werden. Das ist uns zu wenig. Deutschland muss selbst aktiv werden und darf nicht nur andere zur Abrüstung auffordern.

Wir bitten Sie Ihre Haltung zu überdenken und dabei zu berücksichtigen, dass:

- die USA die einzige Atommacht sind, die Atombomben auf dem Staatsgebiet anderer Nichtatomwaffenstaaten lagern und diesen zur Verfügung stellen,
- Russland über seine taktischen Atomwaffen erst verhandeln will, wenn keine Atommacht mehr Atomwaffen auf fremden Territorium stationiert hat,
- die Mehrheit der Vertragsstaaten des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages die nukleare Teilhabe als nicht vertragskonform betrachten.⁴

Nach den positiven Ergebnissen der 3. Vorbereitungskommission zur Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages 2010, halten wir es für an der Zeit, dass auch Sie, Frau Bundeskanzlerin, ein atomwaffenfreies Deutschland ankündigen. Die Union sollte die jetzt anstehenden Abrüstungsprozesse aktiv vorantreiben und nicht beiseite stehen.

Ein atomwaffenfreies Deutschland ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Um auf diesem Weg zum Ziel zu gelangen, halten wir es für nötig, dass die jetzt zu führenden Verhandlungen auf das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen gerichtet werden. Wir würden es begrüßen, wenn Sie sich wie der UN-Generalsekretär Ba Ki Moon für Verhandlungen zu einer Nuklearwaffenkonvention aussprechen würden oder das von Hiroshimas Bürgermeister vorgelegte Hiroshima-Nagasaki-Protokoll¹ unterstützen. Beides sind Entwürfe, die einen Zeitrahmen für die vollständige nukleare Abrüstung setzen, der dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag fehlt. Aus unserer Sicht ist es nicht wichtig, welcher Weg gegangen wird. Wichtig ist, dass jetzt nicht nur Teilschritte der Abrüstung auf die internationale Tagesordnung stehen, sondern die Verhandlungen auf das Endziel gerichtet werden.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, haben Sie Mut zu diesem Schritt.

Mit freundlichen Grüßen

¹ *Hiroshimas Bürgermeister Tadatashi Akiba stellte bei der 2. Vorbereitungskommission zur Überprüfungs-konferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages 2005 die 2020 Vision vor. Einer fünfjährigen Verhandlungsphase soll eine zehnjährige Abrüstungsphase folgen. Nach dem Scheitern der Überprüfungs-konferenz 2005 legten die Mayors for Peace nun in Genf bei der 2. Vorbereitungskommission zur Überprüfungs-konferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages 2010 den Entwurf eines Hiroshima-Nagasaki-Protokolls vor. Es soll den NVV ergänzen und den im Artikel 6 vereinbarten Verhandlungen einen Zeitrahmen geben.*

² *„Vertraglich abgesicherte Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle sind zentrale Anliegen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir halten an dem langfristigen Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest. Wir setzen uns für nukleare Abrüstung und die Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes ein.“*

³ *Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie eine restriktive Rüstungsexportpolitik bleiben wichtige Elemente der auf Konfliktprävention ausgerichteten deutschen Sicherheitspolitik. Der Stärkung der Verträge über Verbot und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Fortsetzung der nuklearen Abrüstung kommen mit Blick auf die von Massenvernichtungswaffen ausgehende Bedrohung besondere Bedeutung zu. (S. 11)*

Für die überschaubare Zukunft wird eine glaubhafte Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses neben konventioneller weiterhin auch nuklearer Mittel bedürfen. Der grundlegende Zweck der nuklearen Streitkräfte der Bündnispartner ist politischer Art: Wahrung des Friedens, Verhinderung von Zwang und jeder Art von Krieg. Das gemeinsame Bekenntnis der Bündnispartner zur Kriegsverhinderung und die glaubwürdige Demonstration von Bündnissolidarität und fairer Lastenteilung erfordern es, dass Deutschland bei der nuklearen Teilhabe einen seiner Rolle im Bündnis und den im Strategischen Konzept von 1999 vereinbarten Grundsätzen entsprechenden Beitrag leistet. Gleichzeitig hält die Bundesregierung an dem Ziel der weltweiten Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest, auf die Deutschland völkerrechtlich verbindlich verzichtet hat. Die Mitgliedstaaten der NATO haben seit Anfang der 90er Jahre die Anzahl der substrategischen Nuklearwaffen in Europa um mehr als 85 Prozent reduziert. Sie werden auf einem Mindestniveau gehalten, das zur Wahrung von Frieden und Stabilität ausreicht. (S.33)

⁴ *Die Mehrheit der NVV-Vertragsparteien betrachtet die nukleare Teilhabe als Vertragsverletzung und über 100 neutrale und nicht-paktgebundenen Staaten haben 1998 und 1999 die NATO-Staaten aufgefordert, die nukleare Teilhabe aufzugeben. In einem Arbeitspapier schlugen sie vor, die Vertragsparteien sollten „ihre Verpflichtung erneut bestätigen“, Artikel I und II des Vertrages „vollstmöglich zu implementieren“, indem sie „die nukleare Teilhabe für militärische Zwecke unter jeder Art von Sicherheitsarrangement untereinander, mit nicht-nuklearen Staaten und mit Staaten, die nicht Vertragsparteien sind, unterlassen.“*